

Grünschnabel

Streitbar, ehrlich, unentbehrlich

www.gruene-glinde.de / April 2012



6.5.: Grün wählen!

Wir wollen nicht mehr, dass Schleswig-Holstein außerhalb unseres Landes meist nur über seine Probleme definiert wird. Niedrige Quoten bei Bildungsabschlüssen, zu niedrige Akademikerquote, zu wenig Studienplätze, zu hohe Verschuldung, geringes Bruttosozialprodukt und Wachstum, dazu Skandale, die die Politik selbst produziert, dominieren die Darstellung.

Hier in Schleswig-Holstein können wir besser als anderswo die Energiewende organisieren. Hier können wir mit dem Erhalt mittelständischer und kleiner Strukturen regionale Wirtschaftskreisläufe stärken. Gerade auch außerhalb des Hamburger Randes und der Städte können wir die gewachsene Verbindung der Menschen mit ihrer Heimat erhalten und damit der demographischen Entwicklung entgegenwirken.

Wie alle wissen, hat das Land Schleswig-Holstein längst keine Geschenke mehr zu verteilen. Gerade deshalb kommt es entscheidend darauf an, dass Politik nicht länger in alten Kategorien denkt und handelt. Es kommt darauf an, dass Politik die Richtung weist und Rahmenbedingungen schafft, damit alle Menschen eine faire Chance bekommen, eigenverantwortlich an einer zukunftsweisenden Entwicklung in Schleswig-Holstein teilzuhaben.

• Energiewende umsetzen!

Wir Grüne wollen in Schleswig-Holstein zeigen, dass es nicht nur möglich ist, 100 Prozent auf Erneuerbare umzusteigen. Wir wollen mit den Erneuerbaren Energien zum Stromexportland werden, in dem die Bürgerinnen wirtschaftlich profitieren und nicht die großen Energiekonzerne. Wir brauchen keine Kohlekraftwerke, kein Atom, kein CCS, und keine Mais-Monokulturen.

• Bürgerbeteiligung schaffen!

Wir Grüne wollen mehr Bürgerbeteiligung als Steuerungsinstrument insbesondere bei den großen Infrastrukturprojekten ermöglichen – im Vorfeld, nicht erst dann, wenn es zu spät ist. Fortschritt, wie die notwendige Energiewende, darf nicht länger als technokratische Landschaftskrake ohne überzeugenden Grund daherkommen, sondern muss Gemeinsinn und Optimismus stiften.

• Bildung verbessern!

Wir Grüne wollen mehr in bessere Bildung investieren. Gelernt durch die Nähe zum skandinavischen Raum, wollen wir ein Bildungssystem, das möglichst vielen Menschen unabhängig vom Elternhaus möglichst hohe Abschlüsse ermöglicht. Das fängt bei der Kita-Sozialstaffel an, bedeutet mehr Differenzierungsstunden an Gemeinschaftsschulen und heißt auch eine bessere Ausstattung unserer Universitäten.

• Natur schützen!

Wir Grüne wollen den größten Schatz dieses Bundeslandes, unsere Natur, erhalten und schützen. Deshalb lehnen wir Gentechnik ab, fördern Ökolandbau, schützen die wenigen Wälder in Schleswig-Holstein, stoppen den Flächenverbrauch, setzen uns für Knicks ein und fördern den Nationalpark Wattenmeer.

• Wirtschaft umbauen!

Die Höhe des BIP kann nicht länger der einzige Maßstab für unseren Wohlstand sein. Wir Grüne wollen die Ökologie in die Wirtschaft tragen, sie miteinander verzahnen und konsequent alle Förderprogramme und öffentliche Beschaffung nach sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitskriterien ausrichten, damit vor allem regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden. Wir wollen die Kooperation zwischen Wirtschaft und Forschung intensivieren, damit Innovationspotenziale auch bei uns im Land besser genutzt werden.

• Haushalt sanieren!

Wir Grüne wollen eine ehrliche Finanz- und Steuerpolitik, weil unser Land völlig überschuldet ist und Einsparungen alleine nicht mehr aus-

Weitere Themen

Gemeinwesenarbeit	3	GemS Wiesenfeld	4
Baumschutz	6	Tønsberg-Laden	7

reichen. Ausgabendisziplin ist für uns sehr wichtig. Durch Einsparungen allein werden wir aber nicht wieder auf eine solide finanzielle Basis kommen. Auf Bundesebene werden wir die großen Vermögen und Erbschaften stärker zum Schuldenabbau und zur Finanzierung des Gemeinwohls heranziehen.

- **Verkehr umleiten!**

Wir Grüne wollen die Jahrzehnte alte Priorität öffentlicher Gelder für den Neubau von Straßen in eine Vorfahrtsregel für Bahn, Bus und Fahrrad umkehren und die e-Mobilität auf den Weg bringen. Bevor wir an neue Straßen denken können, müssen die bestehenden saniert werden.

- **Gemeinsamkeit gestalten!**

Wir Grüne wollen dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft von allen Menschen, die hier leben, gemeinsam gestaltet werden kann. Wir brauchen Integrationsanreize statt Misstrauen und Zumutungen. Alle Menschen, die in Schleswig-Holstein leben, sollen ab dem 16. Lebensjahr wählen dürfen. Und es muss Schluss sein mit unsinnigen Abschiebungen von Kindern, Jugendlichen und Familien.

- **Nazis bekämpfen!**

Wir Grüne wollen den Kampf gegen Rechtsextremismus zu einer Priorität machen. Initiativen gegen Rechts sind unsere Partner. Sie brauchen keine Extremismusklausel, sondern unsere Unterstützung.

- **Freiheit ermöglichen!**

Wir Grüne wollen mehr Bürger- und Verbraucherrechte, damit Entscheidungen wirklich frei getroffen werden können. Das reicht von kontrolliert gesunden Lebensmitteln über Telefonverträge, die keine Abzocke sind, bis zu einem freiem Zugang zum und mehr Rechten im Internet.



- **Sozial sein!**

Wir müssen den Skandal von Armut trotz Arbeit beenden und werden uns deshalb auf Bundesebene für einen branchenübergreifenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro in der Stunde einsetzen. Das Wohnraumförderungsgesetz muss auch über das Jahr 2014 hinaus weiterlaufen und der demographischen Entwicklung angepasst sein. In den Städten und im Hamburger Rand wird der soziale Wohnungsbau angesichts steigender Mieten dringender benötigt, in schrumpfenden Regionen weniger.

- **Versorgung gewährleisten!**

Wir Grüne wollen durch kluge Vernetzung und Anreizsysteme für den ländlichen Raum dafür sorgen, dass auch bei sinkenden Bevölkerungszahlen alle Menschen auch in Notlagen gut versorgt werden können – vor allem gesundheitlich und pflegerisch.

- **Strukturen reformieren!**

Wir Grüne wollen Veränderungen in den Strukturen – eine Überwindung der Kleinstaatereien in der Bildung, eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs und eine Reform der Kommunalen Verwaltung, die die kommunale Selbstverwaltung wieder zu mehr macht als einem Schlagwort. Wir wollen die Zusammenarbeit mit Dänemark, im Ostseeraum und nicht zuletzt die enge Verbindung zu Hamburg nach Jahren des Niedergangs wiederbeleben.

Wir wollen eine Politik des Gehört-Werdens, eine Politik, die die Menschen im Land und ihre Bedenken ernst nimmt, eine Politik, die mehr Mit-Machen ermöglicht. Demokratische Verfahren und Entscheidungen brauchen heute eine andere Legitimation als früher, wo Parteien in Deutschland häufig nicht viel mehr als Kanzlerwahlvereine waren und intransparente Entscheidungen der Regierungen einfach hingenommen wurden. Gleichzeitig sagen wir aber auch klar, dass Politik es auch am Ende eines gelungenen, demokratischen Prozesses nicht allen recht machen kann, wenn sie gestalten soll.

Wir brauchen politische Debatten über neue Lösungswege zwischen den Parteien, gerade weil die großen ideologischen Schlachten der Vergangenheit geschlagen sind. Wir wollen in alle Bereiche des politischen Lebens wirken, die unser Land betreffen. Wir sind Grüne Nordlichter, die Schleswig-Holstein wieder Strahlkraft geben wollen.

Projekte der Gemeinwesenarbeit endlich umsetzen

Stellen Sie sich einmal vor, Sie möchten Ihr Haus oder Ihre Wohnung oder ... vergrößern – und zwar in einem nicht unerheblichen Ausmaß. Sagen wir, so zwischen 10% und 20%.

Als verantwortungsbewusster Mensch würden Sie sicherlich viele Dinge vorher bedenken – und höchst wahrscheinlich auch die Folgekosten.

Nun sollte man denken, dass in einer Stadt wie Glinde bei einer Vergrößerung in einem solchen Ausmaß ähnliche Überlegungen stattfinden. Durch die Bebauung des ehemaligen Depotgeländes und der vorherigen Bebauung von Olande wird Glinde ca. 2500 Einwohnerinnen und Einwohner mehr haben.

Schon vor 10 bis 15 Jahren erklärte der damalige Bürgermeister Busch auf unsere Nachfrage, dass bei einer entsprechenden Bebauung eine zusätzliche Infrastruktur wie Schulen, Kitas, Jugendtreffs u. ä, aber auch Einrichtungen für ältere Menschen nicht notwendig seien, weil alle Einrichtungen in ausreichendem Ausmaß vorhanden seien.

Wir waren schon damals mehr als skeptisch, zumal es bereits zu dem Zeitpunkt an bestimmten Einrichtungen z.B. für Jugendliche fehlte.

Die anderen Fraktionen teilten damals die Einschätzungen von Busch. Dieses änderte sich aber im Laufe der Jahre.

So war unstrittig, dass selbst unabhängig von der Stadterweiterung der Bedarf an betreutem Wohnen stieg. Zunächst war als Standort dafür der alte Sportplatz, später die Stabsgebäude vorgesehen.



Unstrittig war auch der gestiegene Bedarf an Kitas – auch unabhängig von neuen gesetzlichen Regelungen.

Als das Gebiet „An der Alten Wache“ mehr und mehr wuchs, war dann endlich, aber leider nur bis vor einem Jahr auch noch unstrittig über alle Fraktions- und Bürgermeistergrenzen hinweg, dass für mehr Menschen auch ein zusätzlicher Bedarf an Gemeinwesenarbeit vorhanden sei.

Erfahrungen in anderen Städten haben gezeigt, und Planer haben immer wieder darauf hingewiesen, dass es eine Selbstverständlichkeit für Kommunen sein müsse, entsprechende Einrichtungen mitzudenken und zu realisieren.

Uneins waren sich die Fraktionen und der Bürgermeister über den Standort dieser Einrichtungen. Wir haben die Stabsgebäude aus unterschiedlichen Gründen favorisiert, der Bürgermeister sprach sich für die Nutzung des kleinen Wachgebäudes plus eines Anbaus aus.

Nun wollen wir den Streit um die Stabsgebäude nicht wieder aufleben lassen. Diese sind abgerissen. Und auch wenn wir es für einen großen Fehler halten, eine riesige vertane Chance, können wir damit umgehen.

Neu beleben wollen wir aber die Auseinandersetzung um die Notwendigkeit zusätzlicher Gemeinwesenarbeit.

So erklärte ein Vertreter der CDU-Fraktion auf der letzten Sitzung des Sozialausschusses, dass aus ihrer Sicht dieser Bedarf nicht bestünde. Es gäbe doch genügend Angebote in Glinde und ansonsten solle sich doch die Baugenossenschaft „Neue Lübecker“ darum kümmern.

Der Bürgermeister sah das ähnlich, räumte jedoch ein, dass es an Angeboten für Jugendliche im Alter zwischen 14 und 20 Jahren fehle. Allerdings machte er nicht im geringsten deutlich, wie er denn hier Abhilfe schaffen wolle.

Uns geht es um zwei wesentliche Dinge: Zum einen müssen neue, vor allem niedrigschwellige Angebote für Kinder, Jugendliche, aber auch Erwachsene und Senioren aus dem Neubaugebiet geschaffen werden.

So sei an dieser Stelle noch einmal erwähnt, dass aus den kleinen Kindern, die jetzt in den neuen Kitas sind, in kurzer Zeit ältere Kinder und Jugendliche werden, für die dann keine Einrichtungen vorhanden sind.

Zum anderen geht es um zusätzliche Angebote für Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren, für die es in Glinde schon seit vielen Jahren zu wenig Angebote an zentraler Stelle gibt.

Die Verwaltung muss dazu endlich die konkreten Bedarfe ermitteln. Wir könnten uns z.B. die Anmietung von Räumen auf dem ehemaligen Depotgelände vorstellen und suchen erneut nach Lösungen für die Jugendarbeit an zentraler Stelle in Glinde, z.B. die Jever-Deel.

Inzwischen haben wir gehört, dass auch die Überlegungen der SPD-Fraktion genau in diese Richtung gehen. Darüber freuen wir uns sehr und hoffen, dass es uns nun endlich gemeinsam gelingt, in Glinde einen Treffpunkt für Jugendliche zu schaffen.

(sbt)

Einige Zeit nach Fertigstellung des Marktplatzes entdeckten jugendliche Skater diesen für ihre Aktivitäten. Sie sind wieder verschwunden. Es gibt ein Skating-Verbot. Am Schulzentrum wird eine Anlage gebaut.

Zugegeben, es ging manchmal chaotisch zu auf dem Marktplatz. Es gab berechtigte Beschwerden. Aber es war auch lebendig.

War das Verbot notwendig ohne den Versuch gemacht zu haben, sich zu einigen, Spielregeln zu entwickeln?

Wir meinen Nein und bedauern die Entwicklung. Da die Skater die Anlage letztendlich wollten, haben wir für ihren Bau gestimmt.



Der Neubau der Gemeinschaftsschule kommt

Was lange währt, wird endlich gut – Das könnte man den Lehrern, Eltern und Schülern der ehemaligen IGS Glinde zurufen, wäre es nicht sarkastisch.

Denn diese mussten zehn Jahre lang darauf warten, bis die dringend benötigte Erweiterung und Modernisierung der Schule, inzwischen Gemeinschaftsschule Wiesenfeld, in Angriff genommen werden kann.

Nachdem der Bau- und der Kulturausschuss dem Vorhaben im Januar mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD zustimmten, gab die Stadtvertretung wenige Wochen später mit wenigen Gegenstimmen grünes Licht.

Wir von Bündnis 09/Die Grünen haben die Schule mit mehr als 700 Schülerinnen und Schülern von Anfang bei ihren Bemühungen um ein Lernen in angemessenen Räumen mit moderner Ausstattung und ausreichend Platz unterstützt.

Die Schule hat bewiesen, dass möglichst langes gemeinsames Lernen erfolgreich sein kann. Über Jahrzehnte hinweg haben IGS und die benachbarte Förderschule gemeinsames Lernen von behinderten und nichtbehinderten Kindern gelebt – lange bevor der Begriff „Inklusion“ geprägt wurde.

Die Schule in Wiesenfeld hat gezeigt, dass sie an einer inhaltlichen Weiterentwicklung großes Interesse hat und dabei sehr innovativ ist. Beispiele dafür sind die vor fast sechs Jahren eingeführten Bläserklassen, ebenso die Profilklassen, die es seit zwei Schuljahren gibt.

Mehr Bewerber als Plätze

Um einen Platz an der Schule in Wiesenfeld bewerben sich in jedem Schuljahr mehr Schüler als es Plätze in den fünften Klassen gibt - das allein schon spricht für die Qualität und Anerkennung, die diese Schule genießt.

Auch in den oberen Klassen tut sich etwas: Mittlerweile tendiert die Schule dazu, dauerhaft vier Klassen in der 10. Stufe nebeneinander zu führen

Vierzügigkeit). In der Oberstufe geht es in Richtung einer Dreizügigkeit.

Das hat auch damit zu tun, dass an der Gemeinschaftsschule das Abitur erst in neun Jahren erworben werden kann und damit, dass mehr Schüler ihr Abitur machen als das nach den Schulartempfehlungen nach der vierten Klasse abzusehen war.

Diese Schule, die immer mehr Zuspruch bekommt und sich im Laufe der Jahre mit den steigenden pädagogischen Erfordernissen immer weiter gewandelt hat, ist jedoch in einem Punkt konstant geblieben: Der Zahl der Räume und ihrer Ausstattung - obwohl der höhere Bedarf wiederholt angemahnt wurde.

CDU lange wankelmütig

Die Stadtvertretung, auch wir, konnte sich lange nicht dazu durchringen, mit der Sanierung zu beginnen. Die größte Hürde waren sicher die Finanzen.

Aber es gab auch ideologische Hindernisse: So argumentierten diejenigen in der CDU, die das Projekt verhindern wollten, damit, dass sich die weitere Entwicklung der Schülerzahlen nicht absehen lasse.

Als die Zahlen auf dem Tisch lagen, war es die finanzielle Entwicklung, die man abwarten wollte. Da man diese selten exakt vorhersehen kann, müssen inhaltliche Kriterien zugrunde gelegt werden.

Wir sind der Meinung, dass Bildung nicht zum Nulltarif zu bekommen ist. Es muss uns einiges wert sein, dass unsere Kinder in einer guten und angemessenen Umgebung lernen können.

Die Stadt Glinde ist finanziell in einer angespannten Situation und kann den Neubau in Teilen nur mit Krediten finanzieren.

Dass damit viele Stadtvertreter und Stadtvertreterinnen Bauchschmerzen haben – auch in unserer Fraktion – ist nachvollziehbar.

Alleine, ein Millionenprojekt wie der Ausbau der Gemeinschaftsschule kann nicht aus dem Sparstrumpf bezahlt werden. Deshalb muss man den Mut aufbringen und in einer derart wichtigen

Frage, die die Zukunft unserer Kinder betrifft, notfalls einen etwas riskanteren Weg gehen.

Darüber gingen die Meinungen auseinander. Was wir jedoch als kaum erträglich empfunden haben, war das Verhalten der CDU in der Diskussion. Im September 2011 stimmten die Christdemokraten noch gemeinsam mit uns für einen Ausbau der Gemeinschaftsschule.

Nur vier Monate später votierten sie im Kultur- und Bauausschuss jedoch geschlossen dagegen, um schon kurze Zeit später im Februar in der Stadtvertretung mit der Mehrheit ihrer Fraktion wieder für den Ausbau zu stimmen.

Baubeginn im Sommer 2012

Nun kann in den Sommerferien 2012 endlich mit dem Abriss der alten Förderschule und dem Umbau begonnen werden. Schritt für Schritt kann dann eine moderne, das Lernen fördernde Gemeinschaftsschule Wiesenfeld entstehen.

(pg)

Steuererhöhungen

Steuererhöhungen sind unpopulär, Reduzierungen der städtischen Angebote auch.

In seiner Neujahrsansprache hat Bürgervorsteher Eberhard Schneider die Steuererhöhungen gerechtfertigt.

Er stellte fest, dass die Stadtvertretung angesichts der finanziellen Situation der Stadt vor der Frage stand, entweder die Qualität der Angebote in allen Bereichen zu senken oder die Steuern zu erhöhen.

Sie hat sich für letzteres entschieden. Wir auch, wir haben den Erhöhungen zugestimmt.



Wie man Bäume schützt - oder eben nicht

Ob es nun die Verärgerung eines der Parteiobere über die Pflicht zur Ersatzpflanzung war oder ein Schielen nach möglichen Wählerstimmen: In (gar nicht so seltener) Eintracht haben unsere beiden „großen Volksparteien“ unter tätiger Mithilfe des Bürgermeisters die Glinde Baumschutzsatzung kurzerhand abgeschafft.

„Ja, haben die denn was gegen Bäume?“ fragt der interessierte Beobachter. Nein - natürlich nicht: das ließe sich wohl auch schlecht vermarkten. Vielmehr sind Bäume in Glinde - angeblich- ja auch ohne lästige Baumschutzsatzung sooo gut geschützt...

Bezeichnend nur, dass nicht nur die Umweltverbände, sondern auch die Umweltbehörden in Kreis und Land in ihren Stellungnahmen die Stadt auffordern, die Baumschutzsatzung bestehen zu lassen (Teilweise werden sogar Zweifel an der Rechtmäßigkeit geäußert) - oder doch wenigstens andere Regelungen für den Schutz der Bäume auf Ortsebene zu treffen.

Diesen kritischen Stellungnahmen setzt die Verwaltung Argumente entgegen, die vielleicht gerade mal einer oberflächlichen Beurteilung standhalten.

Seltsam dabei, dass anstelle seiner sachkundigen Mitarbeiter der Bürgermeister selbst diese Argumente liefert - und offenbar für so überzeugend hält, dass sie - mit kleinen Variationen - fünf Mal gleichlautend für fünf unterschiedliche Kritiken herhalten müssen.

Merke: Auch Bürgermeister achten auf Arbeitsökonomie.



Schauen wir uns also diese Argumente einmal an:

** „Der Schutz der Bäume ist (u.a.) durch Bebauungspläne sichergestellt“ ?*

Bebauungspläne können die Bebauung eines Gebietes regeln, aber auch Bäume schützen. Bei neueren B-Plänen (z.B. Olande, Alte Wache) ist das auch - zumindest für einen Teil der Bäume - der Fall.

Ärgerlich nur, dass die große Mehrzahl aller B-Pläne der Stadt aus dem letzten Jahrtausend stammen. - geschützte Bäume sucht man darin meist vergebens, obwohl gerade in älteren Baugebieten besonders schützenswerte Bäume stehen.

Der grüne Antrag, die Baumschutzsatzung so lange bestehen zu lassen, bis auch die älteren B-Pläne entsprechend „nachgerüstet“ sind, wurde leider von den großen Parteien abgelehnt.

** „Der Schutz der Bäume ist durch entsprechende Gesetze des Landes und des Bundes gewährleistet“?*

Bundes- und Landesnaturschutzgesetz sehen tatsächlich „geschützte Landschaftsbestandteile“, das können auch Bäume sein, vor (LNatSchG §18).

Dumm nur, dass das Gesetz diesen Schutz nur sehr allgemein formuliert. Um bestimmte Bäume zu schützen, müsste ein förmliches Verfahren eingeleitet werden, aus naheliegenden Gründen von den Verwaltungen am Ort, hier also z.B. vom Kreis Stormarn oder eben von der Stadt Glinde - die dies, siehe oben, offenbar nicht will, obwohl örtlicher Baumschutz im Gesetz ausdrücklich vorgesehen ist. (§ 19)

Wer einen Eindruck von dem Verfahren nach Abschaffung der Baumschutzsatzung bekommen will, sollte sich das von der Stadtverwaltung mit großem Sachverstand erarbeitete Merkblatt ansehen: http://www.glinde.de/fileadmin/awstats-data/20090901_Satzungen/Umwelt-_und_Brandschutz/Merkblatt_Baumschutz_1810_2011.pdf

Wer es liest, dem schwant : Die erwartete (und als Argument angeführte) Verringerung des Verwaltungsaufwandes wird sich sicher in Gren-

zen halten - ebenso wie die Begeisterung der Bürger, eine möglicherweise erforderliche Genehmigung (beim Kreis? bei der Stadt?) einholen zu müssen. Manche werden diesen Weg wohl vermeiden und „einfach mal so“ zur Säge greifen.

** „Das Umweltbewusstsein der Bürger hat sich positiv verändert“ ?*

Tatsächlich befürchtet auch bei den Grünen niemand, dass mit Abschaffung der Baumschutzsatzung allenthalben die Motorsägen angeworfen werden.

Aber sie werden: Sehr bald nach Aufhebung der Baumschutzsatzung wurden zwei sehr schöne, alte (Stammdurchmesser geschätzt mindestens 50 cm) Bergahornbäume gefällt, denen durchaus die Bezeichnung „ortsbildprägend“ zugestanden hätte - siehe Fotos (Quelle:google earth/eigene Aufnahme v. 30.3.2012).

Es geht schließlich - anders als von den Gegnern der Baumschutzsatzung gegargwöhnt - nicht darum, um jeden Preis das Fällen von Bäumen grundsätzlich zu verhindern .

Es geht darum, dass vor Ort selbst überprüft wird, ob das Interesse der Privatperson in mehr besteht als nur in dem Gefühl, dass „der stört“ - oder ob nicht doch, nach sachkundiger und fallbezogener Beratung, eine Lösung gefunden wird, bei der der Baum stehen bleiben kann, oder gar, notfalls, das öffentliche Interesse (am Ortsbild, an der Natur ...) für wichtiger gehalten wird - ebenso, wie in anderen Bereichen Grundeigentümer in die Pflicht genommen werden.

Wir werden jedenfalls ein wachsames Auge auf die weitere Entwicklung haben und, wenn nötig, deutlich machen wer hier welche Verantwortung für die Natur in der Stadt trägt - und, wenn möglich, unterstützt durch eine entsprechend veränderte Landespolitik, für einen Baumschutz mit Augenmaß sorgen!

(mr)

Langer Atem gegen Thor Steinar

Ist der Laden denn immer noch da? Das fragen uns Passanten häufiger, wenn wir auf dem Markt Flugblätter gegen den Tønsberg-Laden verteilen.

Auch fast sieben Monate, nachdem das Geschäft am Glinder Berg eröffnete, ist nicht absehbar wie lange sich der Kampf hinziehen wird.

Ende März scheiterte vor dem Lübecker Landgericht eine Güterverhandlung zu der Räumungsklage, die der Vermieter der Ladenzeile gegen die Firma Bestmarke Textil GmbH in Mittenwalde (Brandenburg) angestrengt hat.

Nun mahlen die Mühlen der Justiz: Der nächste Gerichtstermin wurde für 9. August festgesetzt. Ein Urteil wird im Frühherbst erwartet.

Damit dürfte der Streit aber nicht zu Ende sein, denn die Gegenseite kann in Revision gehen. So einfach wird die Modemarke das Feld nicht räumen.

Der Modeladen rechnet sich für die Betreiber zwar nicht in erster Linie wirtschaftlich. Das ließ der Geschäftsführer jüngst vor Gericht durchblicken, als er betonte: „Der Laden bleibt auf jeden Fall. Wir wollen da nicht raus, der rechnet sich *auch* wirtschaftlich.“ (Hamburger Abendblatt 23.03.2012)

Tønsberg kann gar nicht sehr viel Geld abwerfen - auch wenn die Kundschaft dort demonstrativ mit vollen Tüten herauskommt. Die Hauptaufgabe besteht darin, Werbung zu machen. Das größte Geschäft macht die Marke ohnehin im Internet.



Spielen wir also mit unserem Protest den Betreibern in die Hände, indem wir auf den Laden aufmerksam machen? Auch diese Kritik hören wir hin und wieder bei Diskussionen mit Passanten. „Ignoriert die doch, die bekommen viel zu viel Aufmerksamkeit“, lautet ein gut gemeinter Rat.

Wir sehen das anders: Unserer Ansicht nach kann der Laden nicht genug Beachtung finden. Denn Thor Steinar ist eine bei Neonazis beliebte Modemarke. In diesen Kreisen gilt die Kleidung als Erkennungsmerkmal.

Mit ihr wollen die Besitzer signalisieren, dass sie in der rechten Szene dazu gehören. Die Klamotten selbst sind nicht offen rechtsextrem. Sie lassen durch Runen aber erkennen, was gemeint ist – und das bereitet den Neonazis diebische Freude.

Die Bürgerinitiative gegen Rechtsextremismus erlebt das beinahe jeden Tag. Während sie vor dem Laden Mahnwache hält, kommen nicht wenige vorgefahren und anschließend voll gepackt wieder heraus.

Manchen ist sichtlich unangenehm, dass wir mit Buhrufen und Tröten auf sie aufmerksam machen. Dann können sie dort nicht unbehelligt ein- und ausgehen. Andere zeigen ihre rechtsextreme Gesinnung offen, präsentieren sogar den Hitler-Gruß.

Eine rechte Jugendbewegung

Das Gefährliche ist, dass dieser Laden einen einfachen Zugang zu rechtsextremem Gedankengut ermöglicht. Jugendliche, die in der Schule „in“ sein möchten, oder die sich durch Klamotten von anderen absetzen, finden hier eine Identifikationsmöglichkeit. Experten fürchten bereits, dass Rechtsextremismus in Deutschland zur größten Jugendbewegung geworden ist.



Es ist ein schleichender Zugang in die rechtsextreme Szene. Und dabei spielen Modemarken eine wichtige Rolle. Die Betreiber ziehen die Ladenkette derzeit bundesweit auf.

Vermieter wissen oft nicht, wer sich dahinter verbirgt. Wenn man sie anspricht, weisen die Betreiber vehement von sich, etwas mit Neonazis zu tun zu haben. Sie machen Reibach mit der Symbolik, die in der rechten Szene ankommt. Thor Steinar gehört zu den Marken mit dem höchsten Umsatz in der rechten Szene.

Dagegen, dass die Rechtsextremen in Glinde einen Anlaufpunkt bekommen, von dem aus sie ihre menschenverachtende Gesinnung verbreiten können, wehren wir uns seit September - damals eröffnete der Laden am Glinder Berg.

Mit bunten Aktionen, Unterschriftensammlungen, Lesungen wie am Tag der Weißen Rose, als die Bürgerinitiative an die Widerstandskämpfer um Sophie Scholl erinnerte, Menschenketten und großen Demonstrationen.

Und wir werden nicht nachlassen. Wir zeigen denen in Glinde und andernorts, dass wir Neonazis keinen Fußbreit geben.

Wehret den Anfängen! Glinde ist bunt und nicht braun!

(js)



Impressum:

Bündnis 90 / Die Grünen Glinde

Jan Schwartz

Schlehenweg 16k

21509 Glinde

Tel.: 57019819

Druck: Die Druckerei Zollenspieker

Mail: wolf.tank@gruene-glinde.de

Internet: www.gruene-glinde.de